

No. 38307

**Austria
and
Switzerland**

Agreement between the Republic of Austria and the Swiss Confederation on the reciprocal assistance in cases of catastrophes or severe accidents. Vienna, 22 March 2000

Entry into force: *1 March 2002, in accordance with article 19*

Authentic text: *German*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Austria, 28 March 2002*

**Autriche
et
Suisse**

Accord entre la République d'Autriche et la Confédération suisse sur l'assistance réciproque en cas de catastrophes ou d'accidents graves. Vienne, 22 mars 2000

Entrée en vigueur : *1er mars 2002, conformément à l'article 19*

Texte authentique : *allemand*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Autriche, 28 mars 2002*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN
ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER SCHWEIZERISCHEN
EIDGENOSSENSCHAFT ÜBER DIE GEGENSEITIGE HILFELEISTUNG BEI
KATASTROPHEN ODER SCHWEREN UNGLÜCKSFÄLLEN

Die Republik Österreich und die Schweizerische Eidgenossenschaft,
überzeugt von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten mit
dem Ziel, die gegenseitige Hilfe bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen zu
erleichtern,
sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1
Gegenstand

(1) Dieses Abkommen regelt die Rahmenbedingungen für freiwillige Hilfeleistungen bei
Katastrophen oder schweren Unglücksfällen im anderen Vertragsstaat auf dessen
Ersuchen hin, insbesondere für Einsätze von Mannschaften und Material.
(2) Hilfeleistungen im Rahmen der herkömmlichen grenzüberschreitenden
Nachbarschaftshilfe bleiben unberührt.

Artikel 2
Definitionen

Im Sinne dieses Abkommens bedeuten die Begriffe
"Einsatzstaat"
denjenigen Vertragsstaat, dessen zuständige Behörden um Hilfeleistung, insbesondere
um Entsendung von Hilfsmannschaften oder -material aus dem anderen ersuchen;
"Entsendestaat"
denjenigen Vertragsstaat, dessen zuständige Behörden einem Ersuchen des anderen um
Hilfeleistung, insbesondere um Entsendung von Hilfsmannschaften oder -material
stattgeben;
"Ausrüstungsgegenstände"
das Material, die Fahrzeuge, die Güter für den Eigenbedarf (Betriebsgüter) und die
persönliche Ausstattung der Hilfsmannschaften;
"Hilfsgüter"
die zusätzlichen Ausstattungen und Waren, die zur Abgabe an die betroffene
Bevölkerung bestimmt sind;
"Hilfsmannschaften"
spezialisierte zivile oder militärische Einheiten für die Hilfeinsätze mit entsprechenden
Ausrüstungsgegenständen und Hilfsgütern.

Artikel 3
Zuständigkeiten

(1) Unbeschadet des diplomatischen Wegs sind die für die Stellung und die
Entgegennahme von Hilfeersuchen zuständigen Behörden:

- auf der Seite der Republik Österreich:
der Bundesminister für Inneres oder
die Vorarlberger Landesregierung oder
die Tiroler Landesregierung;
- auf der Seite der Schweizerischen Eidgenossenschaft:

das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten oder die Regierung des Kantons St. Gallen oder die Regierung des Kantons Graubünden.

- (2) Die in Absatz 1 genannten Behörden können nachgeordnete Behörden bezeichnen, die zur Stellung oder zur Entgegennahme von Hilfeersuchen befugt sind.
- (3) Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Behörden der beiden Vertragsstaaten sind ermächtigt, bei der Durchführung dieses Abkommens unmittelbar miteinander in Verbindung zu treten.
- (4) Die beiden Vertragsstaaten geben einander die Adressen und Fernmeldeverbindungen der in den Absätzen 1 und 2 genannten Behörden bekannt.
- (5) Die Vertragsstaaten unterrichten einander auf diplomatischem Weg unverzüglich über Änderungen, die die Zuständigkeiten dieser Behörden in Bereichen, die dieses Abkommen umfasst, betreffen.

Artikel 4 Vorgängige Absprache

Art und Umfang der Hilfeleistung werden von Fall zu Fall im Einvernehmen zwischen den in Artikel 3 genannten Behörden abgesprochen, ohne dass sie auf Einzelheiten der Durchführung eingehen müssen.

Artikel 5 Einsatzarten

- (1) Die Hilfe wird durch solche Hilfsmannschaften geleistet, die insbesondere in der Bekämpfung von Bränden, von nuklearen und chemischen Gefahren und in medizinischer Hilfe, Rettung, Bergung oder behelfsmäßiger Instandsetzung ausgebildet sind und die über das für diese Aufgaben erforderliche Material und Spezialgerät verfügen; falls erforderlich, kann die Hilfe auf jede andere Weise erbracht werden.
- (2) Die Hilfsmannschaften können auf dem Land-, Wasser- oder Luftweg entsandt werden.

Artikel 6 Grenzübertritt und Aufenthalt

- (1) Die Angehörigen einer Hilfsmannschaft sind vom Passzwang und dem Erfordernis einer Aufenthaltsbewilligung oder eines Sichtvermerkes befreit. Es kann lediglich vom Leiter der Hilfsmannschaft ein seine Stellung bezeugender Ausweis verlangt werden.
- (2) Bei besonderer Dringlichkeit kann die Grenze auch außerhalb der zugelassenen Grenzübergangsstellen ohne Beachtung der sonst hiefür maßgeblichen Vorschriften überschritten werden. In diesem Fall sind die für die Grenzüberwachung zuständigen Behörden oder der nächste Grenzposten ehestmöglich hievon zu unterrichten.
- (3) Sofern dies zu ihrer üblichen Ausrüstung zählt, sind die Hilfsmannschaften dazu berechtigt, auf dem Gebiet des Einsatzstaates Uniform zu tragen.
- (4) Die Erleichterungen beim Grenzübertritt nach den Absätzen 1 und 2 gelten auch für Personen, die bei einer Katastrophe oder einem schweren Unglücksfall evakuiert werden müssen.

Artikel 7 Grenzübergang des Materials

(1) Die Vertragsstaaten erleichtern die Ein- und Ausfuhr der Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter. Der Leiter einer Hilfsmannschaft hat den Grenzkontroll- oder Zollorganen des Einsatzstaates beim Grenzübertritt lediglich ein Verzeichnis der mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter zu übergeben; erfolgt bei besonderer Dringlichkeit der Grenzübertritt außerhalb zugelassener Grenzübergangsstellen, ist dem bei der zuständigen Zollstelle ehestmöglich zu entsprechen.

(2) Die Hilfsmannschaften dürfen außer den bei Hilfeinsätzen notwendigen Ausrüstungsgegenständen und Hilfsgütern keine Waren mitführen. Militärische und polizeiliche Land-, Wasser- und Luftfahrzeuge können mit üblicher Ausrüstung, nicht jedoch mit Munition, die Grenze überschreiten und im Einsatzgebiet operieren.

(3) Für die bei Hilfeleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter finden die Verbote und Beschränkungen für den grenzüberschreitenden Warenverkehr keine Anwendung. Soweit diese Ausrüstungsgegenstände nicht verbraucht werden, sind sie wieder auszuführen. Werden Ausrüstungsgegenstände als Hilfsgüter zurückgelassen, so sind Art und Menge sowie der Verbleib der verantwortlichen Behörde des Einsatzstaates anzuzeigen, welche die zuständige Zollstelle hiervon benachrichtigt. In diesem Fall gilt das Recht des Einsatzstaates.

(4) Absatz 3 findet auch Anwendung auf die Einfuhr von Betäubungsmitteln bzw. Suchtgiften und psychotropen Stoffen in den Einsatzstaat und die Wiederausfuhr der nicht verbrauchten Mengen in den Entsendestaat. Betäubungsmittel bzw. Suchtgifte und psychotrope Stoffe dürfen nur nach Maßgabe des dringlichen medizinischen Bedarfs mitgeführt und nur durch qualifiziertes medizinisches Personal nach den gesetzlichen Bestimmungen des Vertragsstaates eingesetzt werden, dem die Hilfsmannschaft angehört. Die verbrauchten Betäubungsmittel bzw. Suchtgifte und psychotropen Stoffe werden der Verbrauchsstatisik des Entsendestaates zugerechnet.

(5) Die Vertragsstaaten werden bei Gegenseitigkeit die bei Hilfeleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter im Einsatzstaat ohne förmliches Verfahren und ohne Leistung einer Sicherheit zur abgabenfreien vorübergehenden Verwendung zulassen und diese frei von allen Eingangsabgaben lassen, soweit sie verbraucht sind.

Artikel 8 Einsätze mit Luftfahrzeugen

(1) Luftfahrzeuge können nicht nur für die schnelle Heranführung der Hilfsmannschaften nach Artikel 5 Absatz 2, sondern auch unmittelbar für andere Arten von Hilfeleistungen benutzt werden.

(2) Jeder Vertragsstaat gestattet, dass Luftfahrzeuge, die vom Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates aus gemäß Absatz 1 eingesetzt werden, sein Hoheitsgebiet überfliegen und auch außerhalb von Zollflugplätzen und genehmigten Flugfeldern landen und abfliegen.

(3) Die Verwendung von Luftfahrzeugen bei einem Hilfeinsatz ist der ersuchenden Behörde unverzüglich mit möglichst genauen Angaben über Art und Kennzeichen des Luftfahrzeuges, Besatzung, Beladung, Abflugzeit, voraussichtliche Route und Landeort mitzuteilen.

(4) Sinngemäß werden angewandt:

- a) Artikel 6 auf die Besatzungen und mitfliegenden Hilfsmannschaften;
- b) Artikel 7 auf die Luftfahrzeuge und sonstigen mitgeführten

Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter.

(5) Soweit sich aus Absatz 2 nichts anderes ergibt, sind die luftfahrtrechtlichen Verkehrsvorschriften jedes Vertragsstaates anwendbar, insbesondere die Pflicht, den

zuständigen Kontrollstellen Angaben über die Flüge zu übermitteln. Der jeweilige Flugplan hat einen Hinweis auf dieses Abkommen zu enthalten.

Artikel 9
Koordination und Gesamtleitung

- (1) Die Koordination und Gesamtleitung der Rettungs- und Hilfsmaßnahmen obliegt in jedem Fall den Behörden des Einsatzstaates.
- (2) Aufträge an die Hilfsmannschaften des Entsendestaates werden ausschließlich an ihre Leiter gerichtet, welche Einzelheiten der Durchführung gegenüber den ihnen unterstellten Kräften anordnen.
- (3) Die Behörden des Einsatzstaates leisten den Hilfsmannschaften des Entsendestaates Schutz und Hilfe.

Artikel 10
Einsatzkosten

- (1) Der Entsendestaat hat gegenüber dem Einsatzstaat keinen Anspruch auf Ersatz der Kosten der Hilfeleistung. Dies gilt auch für Kosten, die durch Verbrauch, Beschädigung oder Verlust des Materials entstehen. Kosten der Hilfeleistungen durch natürliche und juristische Personen, die der Entsendestaat auf Ersuchen hin lediglich vermittelt, trägt der Einsatzstaat.
- (2) Im Fall der gänzlichen oder teilweisen Wiedereinbringung der Kosten der durchgeführten Hilfsmaßnahmen gilt Absatz 1 nicht. Der Entsendestaat wird vorrangig entschädigt.
- (3) Die Hilfsmannschaften des Entsendestaates werden während der Dauer des Einsatzes im Einsatzstaat auf dessen Kosten verpflegt und untergebracht sowie mit Gütern für den Eigenbedarf versorgt, wenn die mitgeführten Bestände aufgebraucht sind. Sie erhalten im Bedarfsfall logistische einschließlich medizinischer Hilfe.

Artikel 11
Schadenersatz und Entschädigung

- (1) Jeder Vertragsstaat verzichtet auf alle ihm gegen den anderen Vertragsstaat oder gegen einen Angehörigen von dessen Hilfsmannschaften zustehenden Ansprüche auf Ersatz von
 - a) Sach- und Vermögensschäden, die von einem Angehörigen der Hilfsmannschaften im Zusammenhang mit der Erfüllung seines Auftrages verursacht worden sind;
 - b) Schäden, die auf einer Körperverletzung, einer Gesundheitsschädigung oder dem Tod eines Angehörigen der Hilfsmannschaften im Zusammenhang mit der Erfüllung seines Auftrages beruhen.Dies gilt nicht, wenn der Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht wurde.
- (2) Wird durch einen Angehörigen der Hilfsmannschaften des Entsendestaates im Zusammenhang mit der Erfüllung seines Auftrages im Gebiet des Einsatzstaates Dritten ein Schaden zugefügt, so haftet der Einsatzstaat für den Schaden nach Maßgabe der Rechtsvorschriften, die im Fall eines durch einen Angehörigen der eigenen Hilfsmannschaften verursachten Schadens Anwendung finden.
- (3) Der Einsatzstaat hat keinen Regressanspruch gegen den Entsendestaat oder gegen einen Angehörigen von dessen Hilfsmannschaften. Hat aber dieser Angehörige der

Hilfsmannschaften einem Dritten einen Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig zugefügt, so kann der Einsatzstaat einen Regressanspruch gegen den Entsendestaat geltend machen.

(4) Die Behörden der Vertragsstaaten arbeiten gemäß ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften eng zusammen, um die Erledigung von Schadenersatz- und Entschädigungsansprüchen zu erleichtern. Insbesondere tauschen sie alle ihnen zugänglichen Informationen über Schadensfälle im Sinne dieses Artikels aus.

Artikel 12 Strafgerichtsbarkeit

(1) Strafbare Handlungen, die ein Angehöriger der Hilfsmannschaften des Entsendestaates auf dem Territorium des Einsatzstaates begeht, unterliegen der Gerichtsbarkeit des Einsatzstaates.

(2) Werden durch einen Angehörigen der Hilfsmannschaften des Entsendestaates anlässlich des Einsatzes auf dem Gebiet des Einsatzstaates strafbare Handlungen begangen, so wird der Einsatzstaat allfällige Begehren des Entsendestaates um eine Übertragung der Strafverfolgung wohlwollend prüfen; wird diesem Begehren stattgegeben, so wird der Einsatzstaat die Ausreise dieser Person in den Entsendestaat gestatten; die Bestimmungen über die Auslieferung zwischen den Vertragsstaaten bleiben dadurch unberührt.

Artikel 13 Unterstützung und Wiederaufnahme

(1) Personen, die bei einer Katastrophe oder einem schweren Unglücksfall als Angehörige der Hilfsmannschaften oder als Evakuierte von einem Vertragsstaat in den anderen gelangt sind, erhalten dort bis zum Zeitpunkt der frühesten Rückkehrmöglichkeit Unterstützung nach den Vorschriften der innerstaatlichen Sozialhilfe. Der Abgangsstaat erstattet die Kosten der Unterstützung und der Rückführung dieser Personen, sofern sie nicht Angehörige des anderen Vertragsstaates sind.

(2) Jeder Vertragsstaat nimmt Personen, die als Angehörige der Hilfsmannschaften oder als Evakuierte von seinem Hoheitsgebiet auf dasjenige des anderen Vertragsstaates gelangt sind, wieder auf. Soweit es sich um Personen handelt, die nicht Angehörige des wieder aufnehmenden Vertragsstaates sind, bleiben sie dem gleichen ausländerrechtlichen Status wie vor dem Grenzübertritt unterstellt.

Artikel 14 Fernmeldeverbindungen

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten treffen gemeinsam die erforderlichen Vorkehrungen, damit Fernmelde- und insbesondere Funkverbindungen zwischen den in Artikel 3 genannten Behörden, zwischen diesen Behörden und den von ihnen entsandten Hilfsmannschaften, zwischen den Hilfsmannschaften untereinander und zwischen den entsandten Hilfsmannschaften und der jeweiligen Einsatzleitung ermöglicht werden.

(2) Diese Behörden sind:

- auf der Seite der Republik Österreich:
der Bundesminister für Inneres;
- auf der Seite der Schweizerischen Eidgenossenschaft:
das Bundesamt für Kommunikation des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation.

Artikel 15
Weitere Formen der Zusammenarbeit

- (1) Die in Artikel 3 genannten Behörden arbeiten nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts zusammen, insbesondere
- a) zur Durchführung von Hilfeleistungen;
 - b) zur Vorbeugung und Bekämpfung von Katastrophen oder schweren Unglücksfällen, indem sie alle zweckdienlichen Informationen wissenschaftlich-technischer Art austauschen und Tagungen, Forschungsprogramme, Fachkurse und Übungen von Hilfeinsätzen auf dem Gebiet beider Vertragsstaaten vorsehen;
 - c) zum Austausch von Informationen über Gefahren und Schäden, die sich auf das Gebiet des anderen Vertragsstaates auswirken können; die gegenseitige Unterrichtung umfasst auch die vorsorgliche Übermittlung von Messdaten.
- (2) Für gemeinsame Übungen, bei denen Hilfsmannschaften des einen Vertragsstaates auf dem Gebiet des anderen zum Einsatz kommen, gelten die Bestimmungen dieses Abkommens sinngemäß.
- (3) Ist für den Fall eines Einsatzes in einem Drittstaat der Durchgang mit Hilfsmannschaften, Ausrüstungsgegenständen und Hilfsgütern des einen Vertragsstaates durch das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates erforderlich, werden die zuständigen Behörden eng zusammenarbeiten, um nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Durchgangsstaates einen unverzüglichen Durchgang zu ermöglichen.
- (4) Im Fall eines Durchgangs gemäß Absatz 3 finden die vorstehenden Bestimmungen dieses Abkommens keine Anwendung.

Artikel 16
Beilegung von Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung dieses Abkommens, die nicht unmittelbar durch die in Artikel 3 genannten Behörden beigelegt werden können, werden auf diplomatischem Weg bereinigt. Kann die Meinungsverschiedenheit auf diesem Weg nicht binnen sechs Monaten beigelegt werden, so kann sie auf Verlangen eines jeden Vertragsstaates zur verbindlichen Entscheidung einer Schiedskommission unterbreitet werden, deren Zusammensetzung und Verfahren zwischen den beiden Vertragsstaaten einvernehmlich vereinbart wird.

Artikel 17
Kündigung

Dieses Abkommen kann jederzeit auf diplomatischem Weg gekündigt werden; es tritt sechs Monate nach dem Zugang der Kündigung außer Kraft.

Artikel 18
Andere vertragliche Regelungen

Bestehende vertragliche Regelungen zwischen den Vertragsstaaten bleiben unberührt.

Artikel 19
In-Kraft-Treten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

GESCHEHEN zu Wien am 22. März 2000 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die Republik Österreich:
Albert Rohan

Für die Schweizerische Eidgenossenschaft:
Franz von Däniken

[TRANSLATION - TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE SWISS
CONFEDERATION ON RECIPROCAL ASSISTANCE IN THE EVENT OF
DISASTERS OR SEVERE ACCIDENTS

The Republic of Austria and the Swiss Confederation,
Convinced of the need for cooperation between the two States to facilitate reciprocal
assistance in the event of disasters or severe accidents,
Have agreed as follows:

Article 1. Purpose

(1) This Agreement regulates the basic conditions under which, in the event of disasters or severe accidents in one Contracting Party and at its request, voluntary assistance shall be provided by the other Contracting Party, especially in the form of emergency teams and equipment.

(2) Assistance within the framework of traditional transfrontier neighbourly help shall not be affected.

Article 2. Definitions

For the purposes of this Agreement:

The term "requesting State" means the Contracting State whose competent authorities request assistance from the other State, in particular the sending of emergency teams or equipment;

The term "assisting State" means the Contracting State whose competent authorities respond to a request from the other State for assistance, in particular the sending of emergency teams or equipment;

The term "equipment" means the material, vehicles, items for personal use (operational items) and the personal equipment of the emergency teams;

The term "emergency aid" means the additional equipment and goods intended for distribution to the population affected;

The term "emergency teams" means specialized civilian or military units for operations in emergencies, with appropriate equipment and emergency aid.

Article 3. Competent authorities

(1) Without prejudice to the diplomatic channel, the authorities competent for making and receiving requests for assistance shall be:

For the Republic of Austria:

- the Federal Minister of the Interior or

the Land government of Vorarlberg or

the Land government of Tirol;

For the Swiss Confederation:

- the Federal Department for Foreign Affairs or

the government of the canton of St. Gallen or

the government of the canton of Graubünden.

(2) The authorities referred to in paragraph 1 may commission authorities at a lower level to make or receive requests for assistance.

(3) The authorities of the two Contracting States referred to in paragraphs 1 and 2 shall contact each other directly for the purpose of implementing this Agreement.

(4) The two Contracting States shall inform each other through the diplomatic channel of the addresses and telecommunications numbers of the authorities referred to in paragraphs 1 and 2.

(5) The Contracting States shall inform one another without delay through the diplomatic channel of any changes in the competencies of the said authorities in areas relating to the present Agreement.

Article 4. Prior agreement

The type and extent of assistance to be provided shall be agreed upon by the authorities referred to in Article 3 case by case, without their being obliged to enter into the details of implementation.

Article 5. Types of assistance

(1) Assistance shall be provided by emergency teams which are specially trained, inter alia, in firefighting, nuclear and chemical hazards control, first aid, rescue and salvage and which have the specialized equipment required for such operations; if necessary, assistance can also be provided in any other manner.

(2) The emergency teams may be sent by land, air or water.

Article 6. Frontier crossing and residence

(1) The members of an emergency team shall be exempt from passport and residence permit requirements. The leader of an emergency team may be required only to show identification attesting to his status.

(2) In particularly urgent cases, the frontier may be crossed at points other than those authorized, irrespective of the normal regulations. In this case the competent frontier surveillance authorities or the nearest frontier post shall be informed thereof at the earliest opportunity.

(3) Where it forms part of their normal equipment, the emergency teams shall be authorized to wear uniform on the territory of the requesting State.

(4) The facilities referred to in paragraphs 1 and 2 concerning border crossings shall apply also to persons who have to be evacuated from a disaster or a severe accident.

Article 7. Frontier crossing for equipment

(1) The Contracting States shall facilitate frontier crossing for the equipment and items necessary for emergency operations. The leader of an emergency team shall have only to show the frontier or customs officials of the requesting State a list of all the equipment and items being imported.

If in a case of particular urgency such equipment and other items are imported elsewhere than through authorized border crossing points, this shall be reported to the competent customs authority at the earliest opportunity.

(2) The emergency teams shall bring in no articles other than the equipment and emergency aid necessary for emergency operations. Military and police vehicles, boats and aircraft may cross the frontier and operate in the region of the emergency with normal equipment but without ammunition.

(3) The prohibitions and restrictions on frontier goods traffic shall not apply to the equipment and emergency aid necessary for emergency operations. Such equipment and items which have not been used during an emergency operation shall be re-exported. If items of equipment are left behind as emergency aid, their type and quantity as well as their location shall be reported to the authority responsible in the requesting State for the emergency operation, who shall notify the competent customs authority; in that case, the domestic legislation of the requesting State shall apply.

(4) The import of narcotic or addictive drugs and psychotropic substances into the requesting State and the re-export of non-consumed quantities into the assisting State shall also be governed by paragraph 3 in the context of this Agreement. Narcotic or addictive drugs and psychotropic substances may be brought in only to meet an urgent medical need and may be used only by qualified medical personnel acting in accordance with the legislation of the Contracting State to which the emergency team belongs. The consumed narcotic or addictive drugs and psychotropic substances shall be included in the consumption statistics of the assisting State.

(5) The Contracting States shall reciprocally, without formal procedures and without provision of security, admit for temporary use the equipment and emergency aid needed in emergency operations free of duty, and shall maintain that exemption from all import duties even if such items are consumed.

Article 8. Operations involving aircraft

(1) Aircraft may be used not only for the speedy transport of emergency teams in accordance with Article 5 (2), but also directly for other types of emergency operations.

(2) Each Contracting State shall permit aircraft used in accordance with paragraph 1 and taking off from the territory of the other Contracting State to overfly its territory and to land in and take off from its territory even at points outside customs airports and approved airfields.

(3) The intention to use aircraft in an emergency shall be reported without delay to the requesting authority, with information as precise as possible on the type and registration of the aircraft and on its crew, cargo, departure time, anticipated route and landing site.

(4) The following shall apply, *mutatis mutandis*:

(a) the provisions of article 6 above, to the crew of the aircraft and the emergency teams being carried;

(b) the provisions of article 7 above, to the aircraft and other equipment and emergency aid carried therein.

(5) Subject to the provisions of paragraph 2, the air traffic legislation of each Contracting State shall apply; and in particular the obligation to transmit flight information to the competent control bodies. The flight plan shall make reference to the present Agreement.

Article 9. Co-ordination and control

(1) In all cases, the authorities of the requesting State shall be responsible for coordinating and directing the rescue and emergency operations.

(2) Instructions for the emergency teams of the assisting State shall be transmitted solely to their leaders, who shall brief their personnel on the plan of action.

(3) The authorities of the requesting State shall extend protection and assistance to the emergency teams of the assisting State.

Article 10. Operational costs

(1) The sending State shall have no claim against the requesting State for the cost of the assistance provided. This shall also apply to costs arising from consumption, damage or loss of material. The requesting State shall bear the costs of emergency assistance provided by natural and legal persons in cases where the assisting State is merely acting on request as an intermediary.

(2) Where the cost of the assistance carried out is partially or completely recovered, paragraph 1 shall not apply. The assisting State shall be given priority as regards reimbursement.

(3) The emergency teams of the assisting State shall be provided with food and lodging throughout the operation at the expense of the requesting State, and supplied with goods for their own use if the stocks brought with them have been exhausted. They shall also receive logistical help, including medical treatment, in case of need.

Article 11. Damages and compensation

(1) Each Contracting State shall waive all claims for compensation against the other Contracting State or against the members of its emergency teams for:

(a) Damage to property or pecuniary loss caused by a member of the emergency team in the line of duty;

(b) Injury, damage to health or death of an emergency team member in the line of duty.

(2) Where, in the territory of the requesting State, damage is done to third parties by a team member of the assisting State in the line of duty, the requesting State shall incur liability for the damage in accordance with the provisions that would have applied if such damage had been done by a member of its own emergency team.

(3) The requesting State shall have no recourse against the assisting State or against any member of its emergency teams. If, however, such member of the emergency team has caused damage to a third party wilfully or through gross negligence, then the requesting State shall have recourse against the assisting State.

(4) The authorities of the Contracting States shall co-operate closely, subject to the stipulations of their own domestic law, so as to facilitate the settlement of claims for damages. They shall, in particular, exchange all the information at their disposal concerning cases involving damage within the meaning of this Article.

Article 12: Criminal jurisdiction

(1) Criminal actions which a member of an emergency team from the assisting State commits on the territory of the requesting State shall be subject to the law of the requesting State.

(2) If criminal acts are committed by a member of an emergency team from the assisting State in the course of an operation on the territory of the requesting State, the requesting State shall look favourably on a request by the assisting State to transfer the criminal prosecution. If such request is granted, the requesting State shall permit the person in question to travel to the assisting State; the provisions on extradition between the two States shall be unaffected hereby.

Article 13. Support and re-admission

(1) Persons who in the event of a disaster or severe accident have crossed from one Contracting State to the other, whether as members of an emergency team or as evacuees, shall receive support in that State under the respective national regulations on welfare, until the earliest opportunity for their return. The State of original departure shall reimburse the cost of support and repatriation of such persons, unless they are nationals of the other Contracting State.

(2) Each Contracting State shall take back into its territory persons who crossed from that territory into the territory of the other Contracting State as team members or evacuees. Any such persons who are not citizens of the Contracting State into which they are returning shall retain the same alien status as before their departure.

Article 14. Communications links

(1) The competent authorities of the Contracting States shall jointly make such dispositions as are necessary for communications links, and in particular radio links, to be established between the authorities referred to in Article 3, between those authorities and the

emergency teams sent by them, between the emergency teams themselves, and between the emergency teams and the control of an operation.

(2) Such competent authorities shall be:

- for the Republic of Austria:

the Federal Minister of the Interior

- for the Swiss Confederation:

the Federal Communications Office of the Federal Department for Environment, Transport, Energy and Communication.

Article 15. Other forms of cooperation

(1) The authorities referred to in Article 3 shall co-operate in accordance with their respective national laws and may make separate arrangements, in particular:

(a) for carrying out assistance operations;

(b) for preventing and countering disasters or severe accidents, by exchanging all relevant scientific and technical information and organizing meetings, research programmes, specialized courses and emergency drill in the territory of both Contracting States;

(c) for exchanging information on risks and damage which may affect the territory of the other Contracting State; this exchange of information shall include the precautionary transmission of readings taken.

(2) The provisions of this Agreement shall apply, *mutatis mutandis*, to joint drill exercises in which the emergency teams of one Contracting State go into action in the territory of the other State.

(3) In the event that for purposes of an operation in a third State it is necessary for emergency teams, equipment and emergency aid from one Contracting State to cross through the territory of the other Contracting State, the competent authorities shall work closely together in order to make possible a speedy crossing, subject to the laws of the State being crossed.

(4) In the event of a crossing as described in paragraph 3 the preceding provisions of the present Agreement shall not apply.

Article 16. Settlement of disputes

Disputes relating to the interpretation or implementation of this Agreement which cannot be settled directly by the competent authorities referred to in article 3 shall be settled through the diplomatic channel. If such dispute cannot be settled in this way within six months, it shall be submitted at the request of either Contracting State to a court of arbitration for a binding ruling.

The composition and procedures of the court of arbitration shall be mutually agreed between the two Contracting States.

Article 17. Denunciation

This Agreement may be denounced at any time through the diplomatic channel, and shall cease to have effect six months after its denunciation.

Article 18. Other contractual arrangements

Existing contractual arrangements between the Contracting States shall be unaffected.

Article 19. Entry into force

(1) This Agreement shall be ratified. The instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) This Agreement shall enter into force on the first day of the third month following the exchange of the instruments of ratification.

Done at Vienna on 22 March 2000 in two originals in the German language.

For the Republic of Austria:

ALBERT ROHAN

For the Swiss Confederation:

FRANZ VON DÄNIKEN

[FRENCH TEXT — TEXTE FRANÇAIS]

ACCORD ENTRE LA CONFÉDÉRATION SUISSE ET LA RÉPUBLIQUE
D'AUTRICHE SUR L'ASSISTANCE MUTUELLE EN CAS DE CATAS-
TROPHE OU D'ACCIDENT GRAVE

La Confédération suisse et la République d'Autriche,
convaincues de la nécessité de la coopération entre les deux Etats dans le but de facil-
iter l'aide mutuelle en cas de catastrophe ou d'accident grave,
sont convenues de ce qui suit:

Art. 1 Objet

1. Le présent Accord règle les conditions cadre pour l'aide volontaire en cas de catas-
trophe ou d'accident grave dans l'autre Etat contractant, sur demande de celui-ci, en parti-
culier pour l'engagement d'équipes et de matériel.

2. L'aide fournie dans le cadre traditionnel de l'aide transfrontalière de voisinage n'est
pas affectée par le présent Accord.

Art. 2 Définitions

Aux termes du présent Accord, les expressions signifient:

"Etat requérant"

l'Etat contractant dont les autorités compétentes sollicitent l'aide, en particulier l'envoi
d'équipes ou de matériel de secours, de l'autre Etat;

"Etat d'envoi"

l'Etat contractant dont les autorités compétentes donnent suite à une requête d'aide de
l'autre Etat, en particulier pour l'envoi d'équipes ou de matériel de secours;

"Équipement"

le matériel, les véhicules, les biens pour l'usage personnel (moyens de fonctionnement)
et l'équipement personnel des équipes de secours;

"Moyens de secours"

l'équipement et les marchandises supplémentaires destinés à être distribués à la popu-
lation affectée;

"Équipes de secours"

les unités civiles ou militaires spécialisées dans les opérations d'aide et disposant
d'équipements et de moyens de secours correspondants.

Art. 3 Compétences

1. Les autorités compétentes pour demander l'aide et pour recevoir des demandes d'aide sont, sans préjudice de la voie diplomatique:

- du côté de la Confédération suisse:

le Département fédéral des affaires étrangères ou le gouvernement du canton de Saint-Gali ou le gouvernement du canton des Grisons;

- du côté de la République d'Autriche:

le ministre fédéral de l'intérieur ou le gouvernement du Vorarlberg ou le gouvernement du Tirol.

2. Les autorités mentionnées à l'al. 1 peuvent désigner des autorités subordonnées habilitées à demander et à recevoir des demandes d'aide.

3. Les autorités des deux Etats contractants mentionnées aux al. 1 et 2 peuvent communiquer directement entre elles pour l'application du présent Accord.

4. Les deux Bats contractants se communiquent les adresses et moyens de télé communication des autorités mentionnées aux al. 1 et 2.

5. Les Etats contractants se communiquent sans retard par la voie diplomatique les changements concernant les compétences de ces autorités dans des domaines compris dans le présent Accord.

Art. 4 Entente préalable

La nature et l'étendue de l'aide sont fixées, de cas en cas, d'un commun accord entre les autorités mentionnées à l'art. 3, sans qu'elles aient besoin d'entrer dans les détails d'exécution.

Art. 5 Modes d'engagement

1. L'aide est fournie par des équipes de secours qui ont reçu une formation en particulier dans les domaines de la lutte contre les incendies, de la lutte contre les risques nucléaires et chimiques, de l'aide médicale, du sauvetage et de la recherche ou de réparation provisoire et qui disposent du matériel et des appareils nécessaires à l'accomplissement de ces tâches; en cas de besoin, l'aide peut être fournie par tout autre mode.

2. Les équipes de secours peuvent être envoyées par la voie terrestre, navigable ou aérienne.

Art. 6 Franchissement de la frontière et séjour

1. Les membres d'une équipe de secours sont exemptés de l'obligation du passeport et du permis de séjour ou du visa. Il peut seulement être demandé du chef de l'équipe de secours un certificat attestant sa position.

2. Si l'urgence l'exige, la frontière peut également être franchie en dehors des points de passage autorisés et sans observation des prescriptions y relatives. Dans ce cas, les autorités

compétentes pour la surveillance des frontières ou le poste-frontière le plus proche doivent en être informés le plus vite possible.

3. Les équipes de secours sont autorisées à porter l'uniforme sur le territoire de l'Etat requérant, pour autant qu'il fasse partie de leur équipement usuel.

4. Les facilités pour le franchissement de la frontière selon les al. 1 et 2 sont également applicables aux personnes évacuées lors d'une catastrophe ou d'un accident grave.

Art. 7 Franchissement de la frontière du matériel

1. Les Etats contractants facilitent l'importation et l'exportation des équipements nécessaires pour l'aide ainsi que des moyens de secours. Le chef d'une équipe de secours doit seulement remettre aux organes de contrôle de la frontière ou à ceux de la douane, lors du franchissement de la frontière, une liste inventoriant les équipements et les moyens de secours apportés; si le franchissement s'effectue, l'urgence l'exigeant, en dehors des points de passage autorisés, il convient de se conformer à cette exigence auprès du poste douanier compétent le plus vite possible.

2. Les équipes de secours ne doivent pas apporter des biens autres que les équipements et moyens de secours nécessaires pour les opérations de secours. Les moyens de transport militaires et policiers terrestres, maritimes ou aériens peuvent traverser la frontière et opérer dans le secteur d'engagement avec leur équipement usuel, mais pas avec de la munition.

3. Les interdictions et les restrictions du trafic transfrontalier des marchandises ne s'appliquent pas aux équipements et moyens de secours nécessaires aux opérations de secours. Dans la mesure où ils ne sont pas consommés, ces équipements et moyens de secours doivent être réexportés. Si des équipements sont laissés comme moyens de secours, la nature et la quantité ainsi que le lieu où se trouvent ces équipements doivent être annoncés à l'autorité responsable de l'Etat requérant qui en informera le bureau de douane compétent. Dans ce cas, le droit de l'Etat requérant est applicable.

4. L'al. 3 s'applique également à l'importation dans l'Etat requérant de stupéfiants et de substances psychotropes et à la réexportation dans l'Etat d'envoi des quantités non utilisées. Les stupéfiants et substances psychotropes doivent être apportés seulement dans le cadre des besoins médicaux urgents et utilisés uniquement par du personnel médical qualifié selon les dispositions légales de l'Etat contractant d'où provient l'équipe de secours. Les stupéfiants et substances psychotropes utilisés sont comptés dans les statistiques de consommation de l'Etat requérant.

5. Les Etats contractants admettront dans l'Etat requérant sans procédure formelle et sans prestation de sûretés, en vue d'une utilisation provisoire libre d'impôts et sous réserve de réciprocité, les équipements et moyens de secours nécessaires aux opérations de secours et les dispenseront de droits ou taxes d'entrée, dans la mesure où ils sont consommés.

Art. 8 Opérations avec aéronefs

1. Des aéronefs peuvent être utilisés non seulement pour le transport rapide des équipes de secours selon l'art. 5, al. 2, mais aussi directement pour d'autres types d'opération de secours.

2. Chaque Etat contractant autorise les aéronefs engagés à partir du territoire de l'autre Etat contractant selon l'al. 1 à survoler son propre territoire et à atterrir et décoller même en dehors d'aérodromes douaniers ou autorisés.

3. L'utilisation d'aéronefs lors d'une opération de secours doit être communiquée immédiatement à l'autorité requérante avec indication, aussi précise que possible, du type et de l'immatriculation de l'aéronef, de l'équipage de bord, du chargement, de l'heure du décollage, de la route prévue et du lieu d'atterrissage.

4. Sont applicables par analogie:

a) l'art. 6 aux équipages de bord et aux équipes de secours à bord;

b) l'art. 7 aux aéronefs et aux autres équipements et moyens de secours à bord.

5. En dehors des dispositions de l'al. 2, la réglementation de la circulation aérienne de chaque Etat contractant reste applicable, notamment en ce qui concerne l'obligation de communiquer aux autorités compétentes de contrôle les informations sur les vols. Chaque fois, le plan de vol doit contenir un renvoi au présent Accord.

Art. 9 Coordination et direction globale

1. La coordination et la direction globale des opérations de secours et de sauvetage appartiennent dans tous les cas aux autorités de l'Etat requérant.

2. Tout ordre aux équipes de secours de l'Etat d'envoi est adressé aux seuls chefs des dites équipes, qui donnent les instructions d'exécution aux éléments qui leur sont subordonnés.

3. Les autorités de l'Etat requérant accordent protection et assistance aux équipes de secours de l'Etat d'envoi.

Art. 10 Dépenses d'intervention

L'Etat d'envoi n'a à l'encontre de l'Etat requérant aucune prétention en remboursement des frais de l'opération de secours. Cela vaut également pour les dépenses résultant de l'utilisation, de la détérioration ou de la perte du matériel. Les dépenses pour les interventions de tierces personnes, physiques ou morales, pour les quelles l'Etat d'envoi s'est simplement entremis sur requête, sont supportées par l'Etat requérant.

2. En cas de recouvrement complet ou partiel des frais de l'intervention accomplie, les dispositions de l'al. 1 ne s'appliquent pas. L'Etat d'envoi est indemnisé en priorité.

3. Pendant la durée d'une opération de secours sur le territoire de l'Etat requérant, les équipes de secours de l'Etat d'envoi sont approvisionnées, hébergées et pourvues de moyens de ravitaillement aux frais de l'Etat requérant dans la mesure où les moyens apportés ont été consommés. Si nécessaire, elles obtiennent de l'assistance logistique, y compris de l'aide médicale.

Art. 11 Dommages-intérêts et indemnisations

1. Chaque Etat contractant renonce à toutes les prétentions en dédommagement qu'il pourrait avoir contre l'autre Etat contractant ou un membre de ses équipes de secours résultant:

a) de dommages matériels ou patrimoniaux causés par un membre d'une équipe de secours en relation avec l'accomplissement de sa tâche;

b) de dommages provenant d'une lésion corporelle, d'une atteinte à la santé ou de la mort d'un membre d'une équipe de secours survenue en relation avec l'accomplissement de sa tâche.

Ces dispositions ne s'appliquent pas lorsque le dommage a été causé intentionnellement ou par négligence grave.

2. Si, sur le territoire de l'Etat requérant, un dommage est causé à un tiers par un membre d'une équipe de secours de l'Etat d'envoi en relation avec l'accomplissement de sa tâche, l'Etat requérant répond de la réparation du dommage selon les dispositions qui s'appliqueraient au cas où ce dommage aurait été causé par un membre de ses propres équipes de secours.

3. L'Etat requérant n'a aucun droit de recours à l'encontre de l'Etat d'envoi ou d'un membre de ses équipes de secours. Si toutefois un membre d'une équipe de secours a causé un dommage à un tiers intentionnellement ou par négligence grave, l'Etat requérant peut alors faire valoir un droit de recours contre l'Etat d'envoi.

4. Dans le cadre de leur ordre juridique interne, les autorités des Etats contractants coopèrent étroitement afin de faciliter le règlement de prétentions en dommages-intérêts et d'indemnisations. Elles échangent notamment toute information disponible concernant les événements entraînant des dommages au sens du présent article.

Art. 12 Juridiction pénale

1. Les actes délictueux commis par un membre d'une équipe de secours de l'Etat d'envoi sur le territoire de l'Etat requérant relèvent de la juridiction de celui-ci.

2. Si des actes délictueux sont commis par un membre d'une équipe de secours de l'Etat d'envoi sur le territoire de l'Etat requérant au cours de l'opération de secours, l'Etat requérant examinera avec bienveillance d'éventuelles requêtes de transmission de la poursuite pénale formulées par l'Etat d'envoi; s'il est donné suite à cette requête, l'Etat requérant autorise la sortie de cette personne vers l'Etat d'envoi ; les dispositions sur l'extradition entre les deux Etats contractants ne sont pas affectées.

Art. 13 Assistance et réadmission

1. Les personnes qui, lors d'une catastrophe ou d'un accident grave, au titre de membre d'une équipe de secours ou d'évacué, ont passé d'un Etat contractant dans l'autre, y sont assistées selon les dispositions internes de l'aide sociale jusqu'à la première possibilité de re-

tour. L'Etat de départ s'acquitte des dépenses occasionnées pour l'assistance et le rapatriement de ces personnes, à moins qu'elles ne soient ressortissantes de l'autre Etat contractant.

2. Chaque Etat contractant réadmet les personnes qui, au titre de membre d'une équipe de secours ou d'évacué, sont parvenues de son territoire sur celui de l'autre Etat contractant. Pour autant qu'il s'agisse de personnes qui ne sont pas des ressortissants de l'Etat contractant réadmettant, elles restent soumises au même statut qu'avant le passage de la frontière.

Art. 14 Moyens de télécommunication

1. Les autorités compétentes des Etats contractants prennent en commun les mesures nécessaires pour rendre possible les moyens de télécommunication, en particulier les liaisons radio, entre les autorités mentionnées à l'art. 3, entre ces autorités et les équipes de secours envoyées par elles, entre les équipes de secours entre elles et entre les équipes de secours envoyées et la direction des opérations.

2. Ces autorités sont:

- du côté de la Confédération suisse:

l'Office fédérale de la communication du Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication;

- du côté de la République d'Autriche:

le Ministre de l'intérieur.

Art. 15 Autres formes de coopération

1. Les autorités mentionnées à l'art. 3 coopèrent, dans les limites du droit national, notamment dans les domaines suivants:

a) l'exécution d'opérations de secours;

b) la prévention et la lutte contre des catastrophes et des accidents graves, en échangeant toutes les informations utiles de caractère scientifique et technique et en prévoyant des réunions, des programmes de recherche, des cours techniques et des exercices d'opérations de secours sur le territoire des deux Etats contractants;

c) l'échange d'informations sur les risques et dommages susceptibles d'affecter le territoire de l'autre Etat contractant; l'information mutuelle comprend également l'échange préventif de données de mesure.

2. Les dispositions du présent Accord s'appliquent par analogie aux exercices communs au cours desquels des équipes de secours d'un Etat contractant sont engagées sur le territoire de l'autre.

3. Si, pour une opération de secours dans un pays tiers, le transit d'équipes de secours, d'équipements et de moyens de secours d'un Etat contractant à travers le territoire de l'autre Etat contractant s'avère nécessaire, les autorités compétentes coopéreront étroitement pour permettre, dans les limites du droit national de l'Etat de transit, un transit sans retard.

4. Les dispositions du présent Accord qui précèdent ne s'appliquent pas en cas de transit au sens de l'al. 3.

Art. 16 Règlement des différends

Les différends sur l'application du présent Accord qui ne peuvent pas être réglés par les autorités mentionnées à l'art. 3 sont réglés par la voie diplomatique. Si le différend ne peut pas être réglé par ce canal dans les six mois, il peut être soumis à la requête d'un Etat contractant à une commission arbitrale, dont les Etats contractants fixent d'entente la composition et la procédure et dont la décision a force obligatoire.

Art. 17 Dénonciation

Le présent Accord peut être dénoncé en tout temps par la voie diplomatique; il expire six mois après réception de la dénonciation.

Art. 18 Autres réglementations conventionnelles

Les réglementations conventionnelles existant entre les Etats contractants ne sont pas affectées.

Art. 19 Entrée en vigueur

1. Le présent Accord est soumis à ratification. Les instruments de ratification seront échangés aussitôt que possible.

2. Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du troisième mois après l'échange des instruments de ratification.

Fait à Vienne, le 22 mars 2000, en double exemplaire en langue allemande.

Pour la Confédération suisse:

FRANZ VON DÂNIKEN

Pour la République d'Autriche:

ALBERT ROHAN